

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 287

Dienstag, den 10. Dezember 1918

13. Jahrgang

Der Präsident von Frankreich in Elsaß-Lothringen.

Umlernen!

Warum ist es mit Deutschland so weit gekommen? Weil wir keine Politiker hatten! Ein Teil der Schuld liegt am System. Wir hatten tüchtige Beamte, auch im Auswärtigen Amt, aber Beamte sind und können keine Politiker sein. Als sie an die Stelle kommen, wo sie Politik treiben können, sind sie durch ihre Laufbahn für die Politik verborben. Ihre Pflichtbewußtsein ist zwar gut erzogen, aber ihre Entscheidungsfähigkeit und ihr Verantwortungsgefühl sind erloschen. Zeit ihres Lebens haben sie auszuführen gehüßt, was von „Oben“ verordnet wurde — sie können nun nicht plötzlich selbst etwas verordnen, sie warten, daß von „Oben“ Befehle kommen, und weil die ausbleiben, wurseln und gaudeln sie.

Unsere Parlamentarier konnten aber auch nicht Politiker werden, denn ihnen war jede Tätigkeit im Staate, in der positiven Politik verweigert, sie durften am Staate Kritik üben, aber nicht den Staat regieren. So sehen wir, daß ein Teil der Schuld am System liegt, der größere Teil der Schuld liegt aber am Volke selbst, besonders an den Bürgern.

Wir haben die Politik nicht nur verachtet, in dem Sinne, daß wir sie eines „im Leben stehenden“ eines „tätigen Menschen“ für unwürdig hielten, sondern wir haben auch blind den Satz nachgehakt: „Politik verdirbt den Charakter“. Im Grunde hatten wir für Politik keine Zeit, — und das lag am System, dank dem für einen tatendurstigen Mann in unserem Reichstag wirklich kein Platz war, — und ließen Politik diejenigen treiben, „die sonst nichts zu tun hatten“.

Nun sehen wir, wohin ein Land kommt, das sich um seine eigene Politik nicht kümmert. Nun schreien wir nach Männern, die uns helfen, rufen nach Wissenschaftlern, die den neuen Staat aufrichten sollen und finden keine! Nun, auch Politiker fassen nicht vom Himmel, und behüte uns Gott vor Politikern von Gottes Gnaden, von denen haben wir genug. Die Politiker wachsen aus dem gesamten Volk, aus den Idealen des Volkes hervor.

Dazu muß aber jeder Volksgenosse Politiker werden, politisch denken, politisch wollen, politisch handeln lernen. Das furchtbare Verhängnis hat uns zur Politik erweckt, jetzt heißt es mit allen alten Vorurteilen aufräumen. Politik ist nicht „Mißgung“, sondern Arbeit am Volke. Politik verdirbt nicht den Charakter, sondern sie bildet erst Charaktere aus. Denn was sind die Kennzeichen des wahren Politikers: Liebe zum ganzen Volk, Wahrhaftigkeit, Mut und höchstes Verantwortungsgefühl. Aber auch da müssen viele von uns umlernen. Mit „Winkelflug“ und „stuger Taktik“ ist der Politik, ist dem Volke nicht gedient.

Müßiggang ist Wahrheit, nicht nur in Bezug auf die Vergangenheit, sondern auch in Bezug darauf, was man erstrebt.

Der Bürger liebäugelt nicht mit der Sozialdemokratie, „weil sie jetzt die Macht hat“, sondern bekemmt sich zu seinen Idealen, offen und ehrlich! Er hat es nicht nötig, sich seiner selbst zu schämen. Aber er lasse seine engen, persönlichen Interessen aus dem Spiel. Politik ist nicht, was sie im alten Staate war, eine Interessenvertretung einzelner Gruppen, sondern die Arbeit am ganzen Volk. Das ist das Verdienst der alten Sozialdemokratie, daß sie im Augenblick der Macht Volkspolitik, das ist das Verbrechen der Sparta-Gruppe, daß sie Klassenpolitik treibt. Wir wollen uns davon fernhalten.

Wir erstreben das Wohl der Gesamtheit im höherem umfassenderen Maße noch, als die Sozialdemokratie und wollen es durch Taten beweisen. Das aber bedeutet: Politik treiben!

Zur inneren Lage.

Der Volksrat Kontrollstelle der Regierung.

In einer gemeinsamen Sitzung des Volksrates der Arbeiter- und Soldatenräte und des Rates der Volksbeauftragten in Berlin wurde folgende Vereinbarung getroffen: Beide, geschaffen durch die Revolution, streben denselben politischen Ziele zu: dem deutschen Volke die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Volksrates der Arbeiter- und Soldaten-

räte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Volksrates ergibt sich das Recht der Kontrolle; dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit ersprießlich ausgeübt werden kann. Wir geben der Zukunft Ausdruck, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen inneren und äußeren Lage uns dabei tatkräftig unterstützen wird.

Der Rat der Volksbeauftragten, mit Obert an der Spitze, stellt die Reichsregierung dar.

Zum Kompost gegen den Volksrat.

Zu der von uns mitgeteilten Verhaftung des Berliner Volksrates wird gemeldet: Der Rat der Volksbeauftragten hat ermittelt, daß eine Reihe Persönlichkeiten als Urheber jenes Auftrages zu betrachten sind, und daß der Zusammenkunft jener Gruppe, die an den Umtrieben gegen den Volksrat beteiligt war, ein Zimmer im Hotel Bristol sei. Daraufhin wurde der Auftrag gegeben, das Hotel abzusperren und niemanden ein- und auszulassen. Am Samstag Nr. 211 fand man 22 Herren, die dieser „Verschwörung“ verdächtig erschienen; sie wurden sämtlich verhaftet. Soweit bisher bekannt ist, befindet sich unter ihnen außer mehreren Studenten der in dem Anschlag erwähnte Herr v. Rheinbaben, ein Angerer Prinz Hohenslohe und ein Herr Dr. Sad. In einem Nebenräume fand man 300 Gewehre, die mit Beschlag belegt wurden. Weitere Durchsuchungen der Räume und Ermittlungen unter den Gästen ergaben nichts Belastendes. — Ergänzend wird dazu noch berichtet: Am Sonntag wurden von Soldaten des Berliner Sicherheitsdienstes etwa hundert Personen im Hotel Bristol festgenommen und zum Volksratsgebäude gebracht. Die Festnahme stand im Zusammenhang mit der Aushebung einer besonderen Studentenwehr, die sich ohne Bewilligung der Regierung gebildet hatte, um für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Berlin zu sorgen. Die Studentenwehr hatte die Absicht, für den Fall eines Putschs jederzeit alarmbereit zu sein. Nach eingehendem Verhör wurden alle Festgenommenen bis auf einen, den Führer, Referendar Dr. Sachs, wieder freigelassen.

Ruhe in Berlin.

In Berlin herrschen gestern in allen Stadtteilen vollkommene Ruhe; es haben keinerlei Umzüge oder Kundgebungen stattgefunden. Auch von Streiks ist nichts bekannt. Die Stadt bleibt das gewohnte Bild; in den Hauptverkehrsstraßen macht sich der Verkehr umso stärker bemerkbar, als der Zustrom der Heimkehrer und Entlassenen die Straßen belebt. Gelegentliche Ansammlungen zerstreuen sich rasch wieder und haben nirgends zu Zwischenfällen geführt.

Die republikanische Soldatenwehr.

Der Berliner Stadtkommandant Wels teilt mit: „Die durch kriegsmilitärische Verfügung vom 21. November 1918 angeordnete Aufstellung der 10000 Mann starken republikanischen Soldatenwehr ist beendet. Diese Truppe hat die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung in Berlin aufrechtzuerhalten. Sämtliche Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr tragen Schutzweste und Seitengewehr. Sie sind durch Ausweise entsprechend legitimiert.“

Einzug der Fronttruppen in Berlin.

Die Gardekorps werden in den nächsten Tagen mit der Rückkehr in ihre Garnisonen beginnen. Gleichzeitig mit ihnen werden einzelne zusammengestellte Verbände aller deutschen Stämme an den Einzugspunkten in die Reichshauptstadt teilnehmen. Einzelne Verbände dieser Truppen sind bereits in der Nähe von Berlin eingetroffen. Der erste Einzugstag wird der 10. Dezember sein. Die Truppen werden gegen 1 Uhr nachmittags das Brandenburger Tor durchziehen.

Eine Neuorganisation des Reiches.

Im Zusammenhang mit den häufig auftretenden Nachrichten über die Lösungsbestrebungen gewisser deutscher Gebiete erklärt das B. L., daß bereits ein Plan ausgearbeitet wird, der das Reich in einer neuen Weise gliedern soll, und zwar soll die Neuorganisation auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen der Einzelstaaten nach Wirtschaft und Stämmen beabsichtigt sein, deren Verfasser Ledebur ist. Das Ministerium des Innern wird der Frage schon in den nächsten Tagen näherzutreten.

Zur Verhaftung der rheinischen Großindustriellen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die rheinischen Großindustriellen August Thoben, Fritz Thoben, Hugo Stinnes, ein Mitglied des Direktoriums der Altema Krupp und eine Anzahl Direktoren großer industrieller Werke auf Anordnung von A- und S-Räten im Rheinlande verhaftet wurden unter der Anschuldigung, verflucht zu haben, unsere Feinde zum Einmarsch in die Rheinlande und zur Übernahme der Herrschaft daselbst zu bewegen. Wie jetzt gemeldet wird, sind die beiden Thobens und Hugo Stinnes bereits gerichtlich vernommen worden. Der Verdacht gegen sie hat sich nicht bestätigt. Ihre Freilassung kann stündlich erfolgen. In der Sache fand gestern eine Konferenz im Justizministerium in Berlin statt, an der außer dem Justizminister Dr. Rosenfeld drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats von Wilhelm a. d. Ruhr, sowie der dortige Oberbürgermeister Lembe teilnahmen. Ferner war zugegen der junge Fritz Thoben, der offenbar aus der Haft wieder entlassen worden ist. Über das Ergebnis der Konferenz ist bisher nichts bekannt.

Die Auslieferung Wilhelms II.

Der Kaiser bereit, Holland zu verlassen.

Aus Lyon wird drahtlos gemeldet: Die deutsche Regierung hat soeben beschlossen, sich der Forderung der Entente, daß der Kaiser und der Kronprinz vor einen internationalen Gerichtshof geladen werden, um sich gegen die vorgebrachten Beschuldigungen zu verteidigen, nicht zu widersetzen. Die deutsche Regierung hat ihre Auffassung bereits der holländischen Regierung mitgeteilt. (Die Wichtigkeit dieser Meldung wird von zuständiger Stelle in Berlin bestritten. Die Reichsleitung habe sich bisher mit dieser Frage noch nicht beschäftigt. D. B. H.)

Aus Paris meldet Justizminister Auzanar: Im Justizpalast erklärte man, daß die englische Justiz den Vorschlag zur Beurteilung des Kaisers fordere, da dieser im Königreich Großbritannien infolge der Juppelln Angriffe zweimal wegen Mordes zum Tode verurteilt sei. (H.)

Gerichtswelt verlautete auf der Amsterdamer Börse, daß Wilhelm II. bereit sei, aus eigenem Antriebe Holland zu verlassen.

Vom Waffenstillstande.

Scharfer deutscher Protest gegen Fochs Wortbruch. Die deutsche Regierung hat den gegnerischen Regierungen auf diplomatischem Wege folgende Note überhandt:

Marschall Foch hat am 6. Dezember der Waffenstillstandskommission eine Entscheidung zugunsten lassen, wonach der Lebensmittelverkehr auf der gesamten Westfront der geräumten hinteren Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit dem übrigen Deutschland unterbrochen wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen sei.

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung scharfen Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unzulässiger Weise verstoßt. Die angeführte und teilweise schon durchgeführte Maßnahme gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf Sperremaßnahmen zu Lande, die mit dem Wesen der Blockade im Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der englischen Kontinentalperre gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade finden sich daher auch sinngemäß im Abschnitt clause navales, und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfang. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welchen die deutsche Arbeiter- und Frauenwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten um so mehr angewiesen, als das deutsche Volk eine Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadestimmungen des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt worden ist, überhaupt nicht erhalten hat.

Diese Entscheidung verletzt weiter die Vorschriften des letzten Absatzes des Artikels 6 des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen oder speziellen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der Industrieanlagen oder eine Verringerung gegenseitiger Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich macht, wodurch deren Entwertung eintreten muß. Produktionsunmöglichkeit aber zwingt wieder zur Verringerung des Personals; Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich getrennten deutschen Gebieten sind die unabwehrbare Folge.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Fragen bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu richten, daß unbeschadet des Ausschließungsrechts der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

(geg.) Soli, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.